

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**  
Zl. 10.001/28-Parl/86

II-4719 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Wien, am 18. August 1986

An die  
Parlamentsdirektion

Parlament  
1017 WIEN

2175/AB

1986 -08- 21

zu 2236/J

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2236/J-NR/86 der Abgeordneten Dr. NEISSER und Genossen vom 7. Juli 1986, betreffend Institutsvorstand am Institut für Philosophie der Universität Wien, beantworte ich wie folgt:

Ich teile die Auffassung der Fragesteller, wonach es in einer demokratischen Gesellschaft jedem Wissenschaftler - so wie jedem anderen Bürger - möglich sein muß, sich politisch zu engagieren, wobei jeder Wissenschaftler - so wie jeder andere Bürger - in einer Demokratie damit rechnen muß, im Falle eines politischen Engagements auch auf Widerspruch zu stoßen bzw. kritisiert zu werden (wie das z.B. auch bei Universitätsprofessor Dr. Ringel in ausgeprägter Weise der Fall war).

Vor diesem Hintergrund beantworte ich die gestellten Fragen wie folgt:

ad 1) Nein

ad 2)

Ich betrachte es weder als meine Aufgabe, Schritte gegen politisches Engagement von Wissenschaftlern zu setzen, noch Schritte gegen Kritik am politischen Engagement von Wissenschaftlern zu setzen, solange sich dieses Engagement innerhalb der Grenzen der Rechtsordnung bewegt und solange dadurch insbesondere die Erfüllung der Dienstpflichten einschließlich der Verpflichtung zu Objektivität in Lehre und Forschung nicht beeinträchtigt wird.

ad 3)

Ich verweise auf die eingangs gemachten Ausführungen.

